

Veranstaltungen

...im Rahmen der Fachtage Fernwärme in Kassel vom 28.-29.04.2026

Digitalisierung in der Fernwärme – Praxis, Forschung und KI

Kompakte Vorstellung der Anforderungen gemäß DGUV Regel 103-002, 103-009 und AGFW Arbeitsblatt FW 1009

Kurzvorträge zu aktuellen politischen Themen

Praxisbericht Green DH factory – Wie wir von der Industrie lernen können

Wegenutzungsverträge für Fernwärme: Rechtsrahmen und aktuelle Entwicklungen

Strategisch entscheiden unter unsicheren Bedingungen - Impulse für Führungskräfte und Entscheidungsträger

Zustandsbewertung und Leckortung in Fernwärmenetzen – Heute und Morgen

Podiumsdiskussion: "Faszination Normungsarbeit – lokal und global"

Update-Forum Technik: Neuigkeiten zur Hausstationen, Wärmemessung und Wasseraufbereitung

Masterclass BEW: Erfahrungen, Herausforderungen und Lösungen

Preisgleitklauseln für Praktiker & Fortgeschrittene

(Intelligente) kommunale Wärmeplanung (KWP)

Emissionspreise für Fernwärme

Weitere Informationen unter:
www.agfw.de/veranstaltungen

Fragen zu Veranstaltungen?
Dipl.-Betriebsw. Tanja Limoni
Tel.: +49 69 6304-417
t.limoni@agfw.de



150 Teilnehmer, intensive Diskussionen mit der Politik: AGFW-Fernwärmetag 2026 in Berlin war ein voller Erfolg



vlnr: Stefan Lochmüller (N-ERGIE, Stephanie von Ahlefeldt (Leiterin der Abteilung II im BMW), Dr. Hansjörg Roll (Präsident AGFW), John Miller, stellvertretender Geschäftsführer des AGFW

Der AGFW läutete das Veranstaltungsjahr 2026 gleich mit einem hochkarätigen Format ein: Auf dem Fernwärmetag in Berlin diskutierten über 150 Teilnehmende intensiv mit Vertreterinnen und Vertretern von Ministerien und der Bundestagsfraktionen. Wichtigstes Signal der Branche: Damit die Fernwärme als zentrale Säule der Wärmewende ihr volles Potenzial entfalten kann, müssen die Rahmenbedingungen stimmen und verlässlich gestaltet sein, so AGFW-Präsident Dr. Hansjörg Roll. Durch das Programm führte wie in den Vorjahren das Moderatoren-Duo aus dem stellvertretenden AGFW-Geschäftsführer John Miller und Stephan Lochmüller von der N-ERGIE AG aus Nürnberg.



Stephanie von Ahlefeldt, Leiterin der Abteilung II im BMW

Wie die Prioritäten des Bundeswirtschaftsministeriums beim Thema Wärmewende aussehen, verdeutlichte zum Einstieg Stephanie von Ahlefeldt, Leiterin der Abteilung II „Energieeffizienz, Wärme, Energieforschung“ in ihrem Vortrag. Fernwärme sei ein gutes Angebot für die Kunden, einfach, rundum sorglos und in bestimmten Regionen oft die einzige Möglichkeit, die Wär-

me grün zu bekommen. Gleichzeitig müsse der Preis stimmen und die Verbraucher die Fernwärme haben wollen. Der Branche riet sie, den Dialog mit Politik und anderen Akteuren wie der Monopolkommission offensiv anzugehen. Mit der Ankündigung eines umfassenden Wärmepakets durch Frau von Ahlefeldt (BMW) rücken zentrale Reformen für die Fernwärme näher. Der Rechtsrahmen soll weiterentwickelt werden, unter anderem durch die Novellierung der Wärmelieferverordnung und der AVBFernwärmeV. Vorgesehen sind außerdem eine verpflichtende Preistransparenzplattform sowie die verpflichtende Teilnahme an einer Schlichtungsstelle. Schwarze Schafe müssten aus dem Markt genommen werden, da sie der ganzen Branche schaden, so von Ahlefeldt. Kommunale Wärmepläne müssten so ausgestaltet werden, dass sie robust sind, belastbare Ergebnisse liefern und sich mit den geplanten Maßnahmen der Versorger vertragen.

AGFW-Präsident Dr. Hansjörg Roll gehen die bisherigen Anstrengungen der Politik nicht weit genug, wie er im Saal und zuvor im Pressegespräch erläuterte: „Seit vielen Jahren sind es hauptsächlich die Fernwärmeversorger, die die Hauptlast der Wärmewende schultern. Sie investieren deutschlandweit Milliarden in den Ausbau und die Transformation ihrer Netze hin zu einer klimaneutralen Versorgung. Sie tun das, damit wir als Land unsere Klimaziele erreichen. Vonseiten der Bundesregierung erhalten sie dabei zwar auf der Tonspur grünes Licht, aber bei den gesetzlichen Rahmenbedingungen werden ihnen noch viel zu oft Steine in den Weg gelegt oder nicht weggeräumt. Die Wärmewende ist und bleibt eine Herkulesaufgabe für die Unternehmen – dafür brauchen wir eine höhere politi-

Veranstaltungen

Grundlagen des
Fernwärmerechts:

17.03.2026

Der Wärmeliefervertrag
Online

19.03.2026

Der Wärmeanschlussvertrag
Online

20.03.2026

**Leistungsanpassungsrechte
des Kunden nach § 3 AVBFern-
wärmeV**
Online

24.03.2026

**Rechtliche Grundlagen der
Preisänderungsklausel**
Online

26.03.2026

**Anpassung der Preisände-
rungsklausel**
Online

24.-25.03.2026

**Vermeidung von Korrosion in
Netz und Speicher – für Experten**
Erfurt

24.-25.03.2026

**Rohrstatische Auslegung von
Kunststoffmantelrohren**
Berlin

13.-14.04.2026

**Inspektion und Bewertung von
Schachtbauwerken**
Weimar



www.fachtage-fernwaerme.de

Weitere Informationen unter:
www.agfw.de/veranstaltungen

Fragen zu Veranstaltungen?

Dipl.-Betriebsw. Tanja Limoni
Tel.: +49 69 6304-417
t.limoni@agfw.de



sche und gesellschaftliche Priorität.“ Als zentrale Baustellen sprach er unter anderem die Wärmelieferverordnung an, die in ihrer jetzigen Form seit Jahren ein starker Hemmschuh für den Ausbau der Wärmenetze in Deutschland sei. Auch bei der Novelle der AVBFernwärmeV tue sich zu wenig. Bei der Anpassung des Gebäudeenergiegesetzes warnte er vor einer Rolle rückwärts. „Verzögerungen verschärfen Unsicherheiten. Notwendig ist ein verständliches, technologieoffenes und investitionsfreundliches GEG für einen klimaneutralen Gebäudebestand das die Erreichung der Klimaziele unterstützt.“ Die Reform müsse das bisherige Regelwerk deutlich vereinfachen, Bürokratie abbauen und verlässliche Rahmenbedingungen schaffen, so Dr. Roll. Besonders wichtig war dem AGFW-Präsidenten in seinem Vortrag eine Botschaft: „Wir haben als Fernwärmebranche kein Preisproblem.“ Als Beleg verwies er auf den Heizspiegel 2025 von co2online. In der Betrachtung der vergangenen fünf Jahre ist die Beheizung mit Fernwärme dort insgesamt günstiger als die Beheizung mit Erdgas. Zudem betonte er, dass Unternehmen und Verbände bereits erhebliche Anstrengungen unternommen haben, etwa beim Aufbau der Preistransparenzplattform.



Dr. Hansjörg Roll, Präsident AGFW

Wie die Akzeptanz der Fernwärme gezielt gestärkt werden kann, erläuterte anschließend John Miller in seinem Vortrag, für den er kurz aus der Moderatorenrolle schlüpfte und die Sicht des Verbandes wiedergab. Dazu verwendete er ein sehr einprägsames Bild: Brot koste mehr als Mehl – diese Aussage sei sofort nachvollziehbar. Dass Fernwärme als Komplettdienstleistung mehr koste als Erdgas oder Strom, sei dagegen schwer vermittelbar. Hier gelte es, das Verständnis der Verbraucher für die Preisentstehung in der Fernwärme weiter zu verbessern. Die Branche müsse es schaffen, die Besonderheiten der Fernwärme konsequent und einfach zu erklären. Der AGFW hat dazu ein 4-Stufen-Modell erarbeitet.

Die Preistransparenzplattform hilft, die Transparenz zu erhöhen. Eine bessere Vergleichbarkeit der Preise lasse sich mit einheitlichen Branchenstandards erreichen, etwa, was Begrifflichkeiten angehe. Ein eigens dafür entwickelter AGFW-Praxisleitfaden Fernwärmepreissysteme kann die Unternehmen hierbei unterstützen. Die dritte Säule bildet die Universalschlichtungsstelle, an der sich heute schon zahlreiche Versorger beteiligten, die vierte die Umsetzung auf Unternehmensebene.

Welche Rolle der direkte Bürgerdialog beim Herstellen von Transparenz und Verständnis spielen kann, erklärte Susanne Huneke von der BEW Berliner Energie und Wärme AG. Mit dem neu geschaffenen Format „BEW im Dialog“ diskutierte das Unternehmen im vergangenen Jahr die Inhalte des Dekarbonisierungsfahrplans mit verschiedenen Stakeholdergruppen. Das Feedback der Teilnehmenden zeigte, so Huneke, dass das Unternehmen mit diesem Weg zu höherem Verständnis für die Größe und Komplexität der Dekarbonisierung beitragen konnte. Sie empfahl den Teilnehmenden im Saal, verstärkt auf proaktive Ansprache zu setzen. Alles sei besser, als nicht zu kommunizieren.

In der anschließenden Podiumsdiskussion diskutierten Susanne Huneke und John Miller mit Florian Munder vom Verbraucherzentrale Bundesverband und Dr. Jan Peter Klatt aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. Verbraucherschützer Munder lobte zunächst die Anstrengungen der Branche im Rahmen der Preistransparenzplattform. 50 Prozent des Wärmeabsatzes seien ein Anfang. Nach wie vor habe jedoch Bezahlbarkeit die oberste Priorität und könne auch nicht von maximaler Transparenz aufgewogen werden. John Miller verdeutlichte in der Diskussion, dass Fernwärme ein lokales Gut ist und es dabei zu Preisunterschieden kommen könne. Ein gutes Signal sei es, dass das Bundeswirtschaftsministerium das Potenzial der Fernwärme erkannt habe. Eine verpflichtende Teilnahme an der Preistransparenzplattform sei vorstellbar, wenn die Wärmelieferverordnung endlich angepackt werde, so Miller. Dr. Klatt erläuterte, dass die für die Branche wichtigen Themen wie die AVBFernwärmeV, die Wärmelieferverordnung sowie die KWKG-Novelle derzeit in Arbeit seien. Susanne Huneke verdeutlichte, dass die Branche wesentliche Investitionen erst noch vor sich habe und hierzu auf gute Rahmenbedingungen angewiesen ist, da es auch hierbei einen unmittelbaren Zusammenhang mit der Bezahlbarkeit von Wärme gebe.



(vlnr): Stefan Lochmüller (N-ERGIE), Susanne Huneke (BEW), Florian Munder (VZBV), Dr. Jan Peter Klatt (BMW), John Miller (AGFW)

Was beim Gebäudeenergiegesetz auf die Fernwärme zukommt, erläuterten im anschließenden Programmpunkt Prof. Dr. Martin Pehnt vom ifeu-Institut sowie Dr. Andreas Schnauß von der BEW Berliner Energie und Wärme GmbH in ihren Vorträgen. Über das Spannungsfeld zwischen GEG und Gebäudeenergie richtlinie diskutierten beide danach mit Frank Emrich vom Verband Thüringer Wohnungs- und Immobilienwirtschaft. Dr. Schnauß warb dafür, bei der Modernisierung von Gesetzen die Bürokratie zu reduzieren. Auch wenn gerade Deutschland gerne die volle Bandbreite der Bürokratie nutze, sei die Anpassung des GEG eine Chance, Transparenz zu stärken. Eine Vereinfachung bringe Mietern, Gebäudeeigentümern und Planern etwas. Frank Emrich schilderte die Herausforderungen der Vermieterseite. Die Mieter wüssten oft nicht um die Zusammenhänge und nähmen Wärmepreiserhöhungen schlicht als Mieterhöhungen wahr. Hier werde man bei Preissteigerungen darüber sprechen müssen, wie die Wohnungswirtschaft für ihre Rolle als Inkasso-Unternehmen der Versorger vergütet werde, schloss er die Diskussion bewusst provokant.

Nach guten Gesprächen in der Mittagspause drehte sich der nächste Part um das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz. Wo das KWKG aus Unternehmenssicht angepasst werden muss, verdeutlichte Dr.-Ing. Marc Jüdes von der EnBW Energie Baden-Württemberg AG in seinem Vortrag. Die Versorger erlebten derzeit das Gegenteil von Planungssicherheit durch die Politik. Der aktuell bestehende gesetzliche Rahmen müsse in die kommenden Jahre übertragen und nachgebessert werden, so Jüdes. Die Bundesförderung effiziente Wärmenetze sei nach wie vor mit Unsicherheiten verbunden und gerade hier brauche es einen verlässlichen Förderrahmen, wenn der Ausbau der Wärmenetze gelingen soll.

Gemeinsam mit Marc Jüdes diskutierten im Anschluss Marco Wunsch von der Prognos AG, Dr. Kai Lobo vom VKU sowie MdB Nicklas Kappe (CDU/CSU), Sprecher für KWK im Ausschuss für Klimaschutz und Energie. MdB Kappe grenzte sich darin deutlich von der Vorgängerregierung ab. Diese habe eine unehrliche Sicht auf den Preis für erneuerbare Energien gehabt. Man müsse aktuell politisch dafür werben, dass KWK nach wie vor ein wichtiges Erfolgsmodell sei. Flexibilität werde eine zentrale Währung im Energiesektor sein. Der Fokus auf Strom allein sei falsch. Dr. Lobo erwartete klare Signale von der Politik zur Zukunft der Kraft-Wärme-Kopplung. Die Wär-

mewende dürfe nicht unter die Räder kommen. Auch Marco Wunsch bestätigte, dass er eine Zukunft der KWK sehe. Das KWKG sollte jedoch nicht einfach verlängert werden, sondern es brauche systematische Änderungen, Stellschrauben müssten nachgeschärft werden, Altbewährtes aber auch beibehalten werden.



(vlnr): Stefan Lochmüller (N-ERGIE), Dr. Marc Jüdes (EnBW), Marco Wunsch (Prognos AG), Nicklas Kappe (MdB, CDU), Dr. Kai Lobo (VKU)

Dr. Matthias Dümpelmann von der 8KU GmbH aus Berlin erinnerte in seinem anschließenden Vortrag zur BEW-Förderung an den Fernwärmegipfel im Juni 2023. Der Spirit sei gut gewesen, der damalige Wirtschaftsminister Habeck hatte mit der Branche einen deutlich beschleunigten Ausbau der Wärmenetze vereinbart. Die Branche habe in der Folge geliefert, so Dümpelmann, die Politik jedoch nicht in gleichem Maße. So bedürfe es einer Verstetigung der BEW-Mittel und einer Verankerung als Gesetz, ebenso einer Verstetigung des KWKG. Wie wichtig ein praktischer Blick der Politik auf die Bedürfnisse der Branche ist, bekräftigte im Anschluss Laura Emmermacher von der RheinEnergie AG. Die Wärmelieferverordnung stelle derzeit einen deutlichen Bremsklotz der Wärmewende dar und müsse dringend reformiert werden. Die Wärmelieferverordnung sei wichtig, um kommunale Wärmepläne in die Realität zu übersetzen, so Emmermacher. In der aktuellen Form verhindere die WärmeLV die Verdichtung im Bestand und halte Mieter in der Gasheizung gefangen, da die Vermieter auch keine Benefits aus der Fernwärme ziehen könnten.

Wie Investitionssicherheit und Verbraucherschutz im Rahmen der AVBFernwärmeV in Einklang gebracht werden können, erläuterte Dr. Carsten Bergjohann von der swb AG aus Bremen. Der Gesetzgeber müsse deutlich in die Hufe kommen, so der Syndikusanwalt. Planungssicherheit sei immens wichtig. Preisänderungsklauseln reichten nicht, um die Sprunginvestitionen für die Unternehmen abzufedern. Die nötigen Investitionen seien immens, Preisreduzierungs- und Ausstiegsszenarien nicht hilfreich. Die Branche sei beim Thema Verbraucherschutz durchaus kompromissbereit, so Bergjohann. Die Teilnahme an der Preistransparenzplattform könne gerne verpflichtend gemacht werden – wenn dafür Redundanzen bei den Transparenz- und Offenlegungspflichten wegfallen. Diese blähten die AVBFernwärmeV unnötig auf mit Themen, die die Verbraucher nur wenig interessierten.

Zum Abschluss des Fernwärmefests 2026 stellte sich AGFW-Präsident Dr. Hansjörg Roll der Parlamentarischen Podiumsdiskussion mit Vertretern der Bundestagsfraktionen. Roll verdeutlichte zum Einstieg, wie viel die Branche bereits geleistet

habe, und wie hoch nun die Erwartungen an die Politik ausfielen.



(vlnr): Stefan Lochmüller (N-ERGIE), Dr. Alaa Alhamwi (Bündnis 90/Die Grünen), Dr. Hansjörg Roll (AGFW), Helmut Kleebank (SPD), Lars Rohwer (CDU), Jörg Cezanne (Die Linke), John Miller (AGFW)

Helmut Kleebank, stellvertretender Energiepolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, lobte das Engagement der Unternehmen und Verbände. Die Preistransparenzplattform genieße breite Akzeptanz und mache es der Politik leicht, zu folgen. Die Zusammenarbeit mit der CDU-/CSU-Fraktion beschrieb er als konstruktiv, man bewege sich bei wichtigen Punkten aufeinander zu. Von ebendieser Fraktion war Lars Rohwer zugegen, der sich als Freund der Fernwärme bezeichnete. In seiner Heimatstadt Dresden gelte die Fernwärme als Erfolgsmodell. Es gelte nun, gesetzliche Regelungen zu vereinfachen, um Menschen, die bei den Diskussionen um das GEG 2024 gedanklich ausgestiegen seien, nun wieder zurück-

zugewinnen. AGFW-Präsident Dr. Roll betonte, dass die Politik ein klares Zielbild einer erfolgreichen Wärmewende formulieren müsse. Maßnahmen wie die 65-Prozent-Regel in Frage zu stellen, Sorge nicht für mehr Vertrauen. Dr. Alaa Alhamwi aus der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen bezeichnete die Fernwärme in der Diskussion als Schlüssel der Wärmewende, um den Heizsektor zu dekarbonisieren. Transparente Preisformeln könnten helfen, die Akzeptanz zu verstärken. Auch Jörg Cezanne (Die Linke) verwies kurz darauf, dass zugespitzte politische Debatten der vergangenen Monate Vertrauen belastet hätten. Beim Thema Bestand versus Neubau erklärte Lars Rohwer, das Kostenneutralitätsprinzip müsse abgeschafft werden, da sonst der Ausbau der Fernwärme nicht gelinge.

Wenn auch mit unterschiedlichen Ansätzen und Schwerpunkten, war die Botschaft am Ende klar: Ohne konsequente Umsetzung der im Koalitionsvertrag verankerten Wärmethemen wird die Wärmewende nicht gelingen. Wir als AGFW stehen bereit, mit Vorschlägen, Expertise und der Bereitschaft, die Wärmewende aktiv mitzugestalten. Jetzt braucht es die passenden Rahmenbedingungen von Regierung und Parlament.

Paul Schilling M.A.
Tel.: +49 160 90121766
E-Mail: p.schilling@agfw.de



Dipl.-Kfm. John A. Miller
Tel.: +49 69 6304-352
E-Mail: j.miller@agfw.de



Netz | werken



Impulse für die Wärmewende von morgen

#ftfw2026

www.fachtage-fernwaerme.de